

GRAPHISCHE PRESSE

Nr 46. 31. Jahrg.

15. Novbr. 1918

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEUR u. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1,50 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 2 Mk.

Redaktion:

Adolf Domnick, Berlin N 24, Elsaßstr. 86-88^{III}. Redaktionsschluss: Montag, Telefon: Amt Norden 4268. Verlag: Otto Sillier, Berlin N 24. Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheidestr. 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 50 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 25 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten

Inhalt:

Hauptteil: Wandlung im Steindruckgewerbe. Im Wirbel der Ereignisse. Rundschau. Arbeitslosenversicherung und Demobilisation in der Vorstände-Konferenz. Die Not des Volkes. Der Arbeitszwang. — **Allgemeines:** Eine Eingabe an den Reichskanzler. Zur Neuorientierung unseres Verbandes. — **Die photomech. Fächer:** An die Mitglieder der Tarifgemeinschaft! — **Feuilleton:** Die Beratungsstellen für Geschlechtskranke. — **Anzeigen.**

Wandlung im Steindruckgewerbe.

In den letzten Wochen haben sich namhafte Vertreter der deutschen Großindustrie mit den Vertretern der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft zusammengefunden, um gemeinsame Wege für den Wiederaufbau der Friedenswirtschaft zu beraten. Die Zeit der Kämpfe um Macht und Anerkennung soll entgiltig vorüber sein. Die Arbeiterschaft wird auch im Wirtschaftsleben als gleichberechtigter Faktor anerkannt werden, fortan werden alle Maßnahmen und Änderungen nur im beiderseitigen Einverständnis geschehen.

Solche gründlichen Änderungen in den Auffassungen der führenden Unternehmer der deutschen Industrie konnten natürlich auch an unserm Steindruckgewerbe nicht spurlos vorübergehen. Unser Verbandsvorstand wandte sich daher mit einem Ersuchen um eine beratende Aussprache über die künftige Regelung der Verhältnisse im Gewerbe an den Vorstand des Schutzverbandes, dem umgehend entsprochen wurde.

Die Aussprache hat stattgefunden und ergab, wie vorausgesehen, die Übereinstimmung darüber, daß nur durch eine gemeinsame Arbeit beider Parteien eine Gesundung des schwergeprüften Gewerbes denkbar ist.

Irgend welche hindernden Abmachungen wurden einstweilen nicht getroffen; sie sollen einer späteren gemeinsamen erweiterten Kommission überlassen bleiben. Über folgende Gedanken wurde im allgemeinen ein Einverständnis erzielt: Es soll jeder arbeitsfähige und arbeitsbereite Gehilfe wieder an seinen alten Arbeitsplatz eingestellt werden. Das würde freilich nur für solche Kollegen in Betracht kommen, die unmittelbar vor ihrer militärischen Einziehung längere Zeit in einer Firma gearbeitet haben. Für die Zeit der Rückkehr der Krieger, die eine größere Arbeitslosigkeit im Gefolge haben dürfte, ist eine entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit in Aussicht genommen worden. Über die Lohnhöhe darf gleichfalls nur durch gegenseitige Verständigung eine Änderung getroffen werden; so wird der Gefahr des Lohndrucks bei größerer Arbeitslosigkeit am sichersten begegnet. Auch über die künftige Form des Arbeitsnachweises gab es keine Differenzen. Es werden so bald als möglich die Vorarbeiten zur Schaffung eines paritätischen Arbeitsnachweises in Angriff genommen werden. Die Unterbringung der Kriegsbeschädigten wird danach leicht und ohne Reibung gelingen.

Um es kurz zu sagen: wir werden künftig im Steindruckgewerbe ein tariflich geregeltes Vertragsverhältnis haben, mit paritätischen Arbeitsnachweisen, Schiedsgerichten und Tarifamt, wodurch die das Gewerbe schädigenden Streitigkeiten vermieden werden. Hoffen wir, daß diese Schritte recht bald zum vollen Erfolg führen möchten, dann werden die fruchtbarsten Folgen der militärischen Niederlage von beiden Parteien in gemeinsamer Arbeit leichter getragen werden.

Im Wirbel der Ereignisse!

Die entsetzliche Reaktion, die ihre Macht im Zarentum konzentrierte, ist vernichtet, hoffentlich für immer. Rund um Deutschland im Osten und Südosten befinden sich Republiken, in denen die anerkannten Vertreter der Arbeiter die Führung in die Hand genommen haben, entwickeln sich Verwaltungsformen von so radikaler Färbung, daß selbst den kapitalistischen Gewalten in den Ländern, die militärisch den Sieg davon trugen, davor zu zittern beginnen. Auch Deutschland hat sich inzwischen durch die Besitzergreifung der politischen Macht durch die Arbeiter diesen Staaten würdig an die Seite gestellt. Und mitten in dieser gewaltigsten Weltrevolution, die je die Weltgeschichte gesehen hat, die so ganz anders gekommen ist als die Theoretiker berechnet hatten, steht eine Organisation ruhig wie ein Fels im wogenden Meer. Die deutschen Gewerkschaften.

Steht die Organisation, die Karl Marx uns immer als den Eckpfeiler der Arbeiterbewegung gelehrt hat. Und sie ist durch eine merkwürdige Entwicklung in der Kriegszeit gerade das geworden, was Marx von ihr erwartet hatte; sie ist die einheitliche Organisation der Arbeiterklasse geworden. In einem Brief aus dem Jahre 1871 an Bolte berührt Marx diese Frage: »Die politische Bewegung der Arbeiterklasse hat natürlich zum Endzweck die Eroberung der politischen Macht für sie, und dazu ist natürlich eine bis zu einem gewissen Punkte entwickelte vorhergehende Bewegung der Arbeiterklasse nötig, die aus ihren ökonomischen Kämpfen selbst erwächst. Andererseits ist aber jede Bewegung, worin die Arbeiterklasse als Klasse den herrschenden Klassen gegenübertritt und sie durch Druck von außen zu zwingen sucht, eine politische Bewegung. — — «

In einem Gespräch, das in einem Aufruf der »Volksstaat« in Nr. 17 vom Jahre 1869 veröffentlichte, hat Marx gesagt: »Alle politischen Parteien, mögen sie sein welche sie wollen, ohne Ausnahme, begeistern die Massen der Arbeiter nur eine Zeitlang vorübergehend. Die Gewerkschaften hingegen fesseln die Masse der Arbeiter auf die Dauer, nur sie sind in stande, eine wirkliche Arbeiterpartei zu repräsentieren und der Kapitalmacht ein Bollwerk entgegenzusetzen.«

Von dem ersten Kriegstage an sind die Gewerkschaften gezwungen worden aus ihrer Reserve herauszutreten um Schritt für Schritt Aufgaben zu übernehmen, die auf dem Wege zur ökonomischen Befreiung der Arbeiterklasse liegen. Durch mehr als vier Jahre Krieg ist die Arbeiterklasse als der unverrückbare Turm, der die Macht der gesamten deutschen Arbeiterschaft repräsentiert, stehen geblieben. Wir haben die Organisation durch den Krieg gereift, die durch ihre jahrzehntelange praktische Wirksamkeit, die wie die Blutäderchen des menschlichen Körpers das ganze Wirtschaftsleben durchzieht, allein in der Lage ist, die schwierigen Aufgaben der Wiederaufrichtung unserer Volkswirtschaft zu übernehmen.

Mögen es nun die Imperialisten Deutschlands oder Frankreichs oder Englands sein, die diesen Krieg in erster Linie verschuldet

haben, es ist müßig jetzt darüber zu streiten. Wir wissen, daß z. B. an dem Zusammenbruch der deutschen militärischen Widerstandskraft diejenigen die Hauptschuld tragen, die selbst nur den Sieg wollten, aber durch ihre maßlose kriegshetzerische Tätigkeit die helle Wut und Empörung tagtäglich an der Front bei denen hervorrief, die für nichts anderes als für einen ehrlichen Verteidigungskrieg ihre Gesundheit einsetzen wollten.

Die Mächte, die den Krieg begonnen haben, haben ihn bereits verloren, einstweilen bestimmt in den mittel- und osteuropäischen Staaten. Kein normaler Mensch zweifelt heute mehr daran, daß dieser Krieg ein Wirtschaftskrieg reiner Art war, geführt von allen Seiten, um die Macht der kapitalistischen Klassen zu stärken. Aber in allen Staaten, auch in denen die heute den Sieg davon tragen, sah man sich mehr und mehr gezwungen, die Arbeiterschaft zur Lösung aller durch den Krieg heraufbeschworenen Schwierigkeiten planmäßig heranzuziehen. Wenn wir Sozialisten gelernt haben, daß der Kapitalismus notwendig in seinem eigenen Leibe die Macht gebiert, die ihn einst ablösen wird, die Arbeiterklasse, so hat dieser Krieg der Arbeiterklasse zu einem Einfluß verholfen, der von den Urhebern des Krieges ganz sicher nicht im Traume geahnt worden ist.

Wie auch die Entwicklung weiter gehen wird, die politischen Folgen sind nur die äußeren Formen für die tatsächlich stattgefundenen wirtschaftlichen Umwälzungen im Innern. Den Sozialismus haben wir bisher stets als die höchste Form der Organisation angesehen. Nur in planmäßiger organisatorischer Arbeit werden wir den tausendfältigen Verwaltungsschwierigkeiten, werden wir den Mechanismus der kapitalistischen Wirtschaft in die Hände der Allgemeinheit überleiten können. Zertrümmern wir den kapitalistischen Organismus, wie einst vor hundert Jahren die Arbeiter in dumpfer Verzweiflung und in völliger Unkenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge Maschinen und Betriebe zertrümmerten, so schaffen wir zwar unsern menschlich verständlichen Rachegefühlen Luft, aber die Folgen treffen die Arbeiterschaft selbst in grauenhafter Weise. Fruchtbare Elend infolge völliger Stockung des ganzen Wirtschaftslebens, muß die naturnotwendige Folge sein.

Der Weg der Gewerkschaften war bisher noch stets der planmäßiger organisatorischer Mitarbeit zum Umbau und Ausbau der eigenen Volkswirtschaft, das allein kann uns auch jetzt nur sicher durch den Wirbel der Ereignisse hindurchführen.

Rundschau.

Geschäftsberichte. Dem Bericht der Firma W. Hagelberg Akt.-Ges. in Berlin für das Geschäftsjahr 1917/18 entnehmen wir: Im abgelaufenen Geschäftsjahre ist der Umsatz gestiegen, und die Verkaufspreise sind wenigstens zum Teil den erhöhten Kosten für Rohstoffe und Löhne gefolgt. Dieses führte zu einer Steigerung des Fabrikationsgewinnes. Wir waren bestrebt, uns stärker einzudecken, um die Fortführung unserer Fabrikation bei dem zunehmenden Mangel an Rohmaterialien nach Möglichkeit sicherzustellen. Von unseren Zweigniederlassungen in London und New York blieben wir während des Geschäftsjahres

ohne Nachricht. Wir erzielten nach Absetzung der Abschreibungen einen Gewinn von 303 967 Mk. Hiervon haben wir zu weiteren Abschreibungen für unsere Zweigniederlassungen in London 39 472 Mk., in New York 56 671 Mk. und für Beteiligungskonto 50 000 Mk. benutzt. Den Rest von 157 814 Mk. schlagen wir vor, zur Verminderung des Verlustvortrages zu verwenden.

Die Bilanz des Krieges zog in einem Vortrage der konservative Landtagsabgeordnete v. Kardorff einer der wenigen Konservativen, der die Bedeutung der neuen Zeit begriffen hat: 2 Millionen Tote, 1 Million — können wir sagen — Schwerverwundete, viele Millionen von Männern, die draußen an der Front in ihrer Gesundheit sonst geschädigt worden sind, ein Ausfall an Geburten während dieser Zeit, der sich auf ungefähr 3 Millionen Kinder belaufen wird, eine Schwächung der Volkskraft durch die Unterernährung und durch die erweiterte Arbeit der Frau, wir haben keine Rohstoffe, unsere Absatzmärkte sind verloren, wir haben eine Schuldenlast, die sich auf mindestens 15 Milliarden neuer Steuern jährlich belaufen wird, wir stehen vor Hunderttausenden von ruinierten Existenzen, die freien Berufe und die Beamtschaft ätzen und stöhnen unter einer Teuerung ohne Gleichen, mit der Teuerungszulagen ja niemals Schritt halten können; starke moralische Werte sind hinter der Front zusammengebrochen, wir stehen vor einer Erschütterung des Rechtsbewußtseins in allen Kreisen, und wir stehen vor einer Verwahrlosung der Jugend, die ihrgleichen sucht. Darum müßten die großen handarbeitenden Massen im Staatswesen zur Mitarbeit herangezogen werden, das Kasten- und Kliquenwesen beseitigt werden.

Außerordentliche Maßregeln gegen die Wohnungsnot. Unter dem Druck der außerordentlichen Verhältnisse auf dem Wohnungsmarkt wird augenblicklich zu Maßregeln geschritten, an die man noch vor einem Jahre kaum gedacht hätte. In Bayern hat König Ludwig angeordnet, daß die Gebäude der Zivilisten, also vor allem die königlichen Schlösser, in München sowohl wie außerhalb, in möglichst ausgedehntem Maß zur Hebung der Wohnungsnot herangezogen werden. Eine Kommission soll die Gebäude besichtigen und dem Könige sollen darauf die erforderlichen Vorschläge unterbreitet werden. Ebenso hat der König von Württemberg das zweite Geschloß des Stuttgarter Residenzschlosses zur Verfügung gestellt, um dort militärische Dienststellen unterzubringen, die bisher frühere Privatwohnungen benutzten, die nunmehr ihrem eigentlichen Zwecke wiedergegeben werden sollen. Ferner wird in München durch das Ministerium des Innern und die anderen Ministerien eine strenge Prüfung der Amtsgebäude der gesamten Behörden eingeleitet, ob auch alle irgendwie verfügbaren Amtsräume ausgenutzt sind und nicht da oder dort noch Amtsstellen in ihnen untergebracht werden können, die bisher in Privatwohnungen hausen. Auch in Stuttgart werden bisher militärisch belegte private und öffentliche Gebäude nach Möglichkeit jetzt für Wohnungszwecke freigemacht. Wie aus Berlin gemeldet wird, hat der Kaiser 60 seiner Schlösser teilweise oder im ganzen Umfang zur Verfügung gestellt, um Lazarette darin unterzubringen. Ein Einzelner kann 60 Schlösser zur Verfügung stellen, ohne damit alles zu geben was er hat und Unzählige leben in Angst und Sorge weil sie nicht wissen, wo sie Wohnraum finden sollen. Da erscheint der Vorschlag, den vor einiger Zeit ein Mitglied des Bauarbeiterverbandes im »Grundstein« machte, durchaus gerechtfertigt, worin er verlangte, daß jeder von seinen Wohnräumen das zur allgemeinen Verwendung zur Verfügung stellen soll, was er über 5 Zimmer besitzt oder in Benutzung hat. Damit wäre sicher ein gut Teil der Wohnungskalamität behoben, ohne das den jetzigen Wohnungsinhabern nur im Entferntesten das an Entbehrungen und Unbequemlichkeiten im Interesse des gesamten Volkes zugemutet würde, als den Millionen Soldaten an der Front.

Zinsscheine als gesetzliche Zahlungsmittel. Infolge der Knappheit von Geldumlaufsmitteln hat der Bundesrat beschlossen, daß die am 2. Januar 1919 fällig werdenden Zinsscheine der fünfprozentigen Reichskriegsanleihen als »gesetzliche Zahlungsmittel« gelten sollen. Die Ungewohntheit dieses Zahlungsmittels hat wohl mit Veranlassung gegeben, daß bei Auszahlung von Löhnen die Arbeiter vereinzelt die Zinsscheine zurückgewiesen haben. Es sei deshalb ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die als Zahlungsmittel erklärten Zinsscheine gleichwertig und gleichberechtigt sind mit allen anderen anerkannten Zahlungsmitteln, besonders mit dem Papiergeld. Sie müssen zu dem auf den Scheinen aufgedruckten Betrage nicht nur von allen öffentlichen Kassen, sondern auch im privaten Verkehr als Zahlungsmittel angenommen werden. Sie sind besonders kenntlich durch einen grünen Unterdruck und durch ein deutliches lateinisches »c« in der rechten oberen Ecke, sowie durch den Vermerk: »Halbjährliche Zinsen zahlbar am 2. Januar 1919 mit 2 Mark 50 Pfg.« oder 5 Mark, 12 Mark 50 Pfg., 25 Mark, 50 Mark, 125 Mark, 250 Mark, 500 Mark. Die oberste Reihe des Aufdruckes lautet bei allen diesen Zinsscheinen: »5 Proz. Anleihe des Deutschen Reiches von 1915-

oder 1916, 1917, 1918 »(uk. 24)«. Ebenso tritt keine Entwertung der Zinsscheine ein. Entsprechend dem die Fälligkeit bezeichnenden Aufdruck werden sie vom 2. Januar 1919 ab gegen andere gesetzliche Zahlungsmittel eingelöst. Bis dahin sind sie, wie bemerkt, selbst gesetzliches Zahlungsmittel. Die Arbeiter erfahren also nach keiner Richtung hin eine Schädigung, wenn sie diese Zinsscheine in Zahlung nehmen.

Arbeitslosenversicherung und Demobilisation in der Vorstandskonferenz.

Am 1. November tagte in Berlin eine Konferenz der Vertreter der Verbandsverbände, über die nach dem »Korrespondenzblatt« das Folgende zu berichten ist:

Über die gesetzliche Regelung der Arbeitslosenversicherung referierte Umbreit-Berlin. Er berichtete, daß die Generalkommission sich mit den übrigen Zentralen der Gewerkschaften und Angestelltenverbände über einige Abänderungen der früher beschlossenen gemeinsamen Eingabe zu diesen Fragen verständigt hätte. Die Abänderungen betreffen besonders den Umfang der Versicherungspflicht, schärfere Formulierung des Versicherungsanspruchs, die Schaffung eines Rechtswegs bei der Arbeitslosenversicherung, die Anerkennung einer Mindestvertretung der Angestellten in den Arbeitsämtern und die Regelung der Wahl der Arbeitsvermittler in der Geschäftsordnung der Arbeitsnachweise.

Sodann berichtete Legien über die Vorschläge zur industriellen Organisation der Übergangswirtschaft. Anerkannte Vertreter der Industriellen haben dafür ein Zusammenwirken von Unternehmerverbänden und Arbeiterorganisationen angeregt. Die Vorschläge basieren auf der Anerkennung der Gewerkschaften und auf paritätischer Regelung aller Fragen; sie sollen durch beiderseitige Verständigung noch präzisiert und vervollständigt werden. In der Aussprache ergab sich trotz mancher Bedenken und Mahnungen zur Vorsicht, doch nahezu Übereinstimmung darüber, daß eine Verständigung mit den Arbeitgeberverbänden über diese Fragen sich im Rahmen der von den Gewerkschaften stets vertretenen Grundgedanke bewege, denen auch die Tarifverträge, Schiedsgerichte und Arbeitsgemeinschaften entsprechen, und daß es den Arbeiterinteressen durchaus nützlich sei, die Fragen der Übergangswirtschaft unmittelbar von Organisation zu Organisation zu regeln. Die Generalkommission wurde daher zu weiteren Verhandlungen und Schritten in dieser Angelegenheit ermächtigt. — Endlich wurde noch die gegenwärtige Situation des Arbeitskammergesetzes erörtert und zu Frage des Insertionsverbots für Zeitungen, die nach dem Ausland versandt werden, Stellung genommen. S. K.

Die Not des Volkes.

Der Abgeordnete Ebert hat kürzlich in einer großzügigen Rede im Reichstag auch an die Landwirtschaft appelliert, mehr denn je im Kriege ihr Bestes zu tun, um unsere Volksernährung sicher zu stellen. Eine wirtschaftliche Sabotage der Volksernährung müßte zur Katastrophe führen auch für die Landwirtschaft.

Mit diesem Appell hat der Gen. Ebert sicher der übergroßen Mehrheit des Volkes aus dem Herzen gesprochen. Was aber macht daraus das Organ des Bundes der Landwirte, die »Deutsche Tageszeitung«? Sie schreibt: Der Abgeordnete Ebert habe der deutschen Landwirtschaft in grober Weise mit der Faust gedroht!

Die so schreiben und die Landwirte bearbeiten, das sind die Agrarierkreise, denen die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse nicht hoch genug sein konnten, die deshalb eintraten für die völlige Freigabe des Handels und beständig hetzten gegen das System der Höchstpreise, der Rationierung und der Zwangserfassung. Und das, obwohl alle Länder in diesem Kriege, die das System der organisierten Zwangsbewirtschaftung nicht hatten oder es auch nur unvollkommener als wir durchführten, zuletzt noch das fast rein agrarische Bulgarien, schon früher zusammengebrochen sind. Die Kreise der »Deutschen Tageszeitung« und des Bundes der Landwirte sind die vornehmlichsten Parteigänger der preußischen Konservativen, die sich den unabwendbaren Erfordernissen eines baldigen Friedens mit allen Mitteln entgegen zu werfen planen. Aus diesen Kreisen erklang noch in diesen letzten Tagen die ganz unverblühte Drohung mit einem Streik der bäuerlichen Lebensmittelproduzenten.

Wie stehen demgegenüber die Dinge? Wir sind im fünften Kriegswinter aussichtsloser als je vorher auf uns selbst angewiesen. Der Mangel an Kleidung, an Kohlen, und vor allem an Lebensmittel, wird immer größer. Wir haben eine unbeschreiblich konfliktswangere Stimmung unter den Soldaten. Von der äußersten Kraftanstrengung in der Erzeugung der Lebensmittel und ihrer ungesäumten und ununterbrochenen Zufuhr nach dem Höchstmaß der beizutreibenden Mengen und zu erschwerten Preisen an die Volksmassen hängt das Schicksal des schwer bedrängten Reiches

ab. Das gilt ebenso für die noch unabsehbaren Verhältnisse des von unserer jetzigen Regierung mit allen Kräften zu erstrebenden und des dann erfolgenden Zurückflutens der Millionenheere. Achtzig, neunzig, fünfundneunzig vielleicht neunundneunzig Prozent der Bevölkerung wollen jetzt den Frieden und nichts als ihn. Welcher verantwortliche Wortführer des Volkes kann nun die Verantwortung tragen, nicht alles getan zu haben, um für Krieg und Frieden Hungersnot und Zusammenbruch zu verhindern! Wer kann verantworten, einen Appell und dringende Warnung gegen Selbstsucht hetzerisch dahin zu verkehren, man habe mit der geballten Faust gedroht! — Einen Appell gerade gegenüber der Landwirtschaft!

Hat der Staat nicht der Landwirtschaft durch hohe und noch höhere Höchstpreise das Geld geradezu mit Gewalt in den Kasten geschaufelt? Hat er nicht allein mit der famosen Druschprämie ihnen Hunderte von Millionen zugeworfen? Gab er ihnen nicht als billige Arbeitskräfte während des ganzen Krieges die Gefangenen? Braucht der Landwirt ihnen nicht täglich nur 30 Pfennige zu zahlen, während er selber für ihre Verpflegung 60 Pfennige vom Staate bekommt? O, die einflussreichen Abgeordneten und Kreise der Landwirtschaft haben es wohl verstanden, ihre Macht in der Regierung auszunutzen.

Jetzt ist, um nur einige Beispiele zu nennen, aus Mangel die wöchentliche Buttermenge auf 20 g herabgesetzt. Aber wo ist der Bauer im lieben Vaterlande, bei dem nicht heimlich gebuttert wird? Und meist nicht nur das Nötige für den Eigenbedarf. Wo kommt denn die Butter her, die man zentnerweise im Schleichhandel für 25—30 Mk. erhalten kann? Wieviel hunderttausend Zentner im ganzen Land wurden durch dieses heimliche Buttern der Allgemeinheit entzogen? Wo ist das Dorf, worin der Hühnerbestand richtig angebeert ist, oder wo man für den Höchstpreis noch ein Ei bekommt? Zahlt man aber für das Stück eine Mark, so kann man sie schokweise bekommen. Gegenwärtig setzen die Besitzer einen höchst erfolgreichen Wucher mit Gänsefleisch in Gang. Für 15 Mk. das Pfund kann man vom Züchter eine fette Gans beziehen. Wären nicht in aller kürzester Frist Höchstpreise für Gänse von höchstens 3 Mk. das Pfund notwendig, damit auch ein Unbemittelter einmal eine Gans kaufen könnte? Ähnlich steht es mit allen Lebensmitteln. Warum muß der Zentner Kartoffeln 10 Mk., der Zentner Apfel 150—200 Mk., der Zentner Pflaumen 100 Mk. kosten? Kostet den Bauern das Reifwerden der Apfel und Pflaumen um so vieles mehr als früher? Wäre es unbedarftig, die Preise für alle Lebensmittel und Bedarfsartikel, die aus dem eigenen Lande stammen, zwangsweise und unverzüglich auf den annähernden Stand von vor dem Kriege herabzusetzen?

Wie steht es aber im Gegensatz zu der auch schon längst vor dem Kriege betriebenen staatlichen Subventionierung des größeren Grundbesitzes mit seiner Steuerleistung? Erscheint angesichts der erstandenen reichen Gutshöfe und Bauernhäuser eine viel schärfere Einkommenbesteuerung nicht berechtigt? Etwa der Art und Wirkung, daß je nach Größe und Güte des Besitzums pro Morgen vielleicht 30 Mk., 20 Mk. oder 10 Mk. erhoben würden? Müßte nicht der Landrat als Steuerfestsetzer verschwinden und unabhängigen Kommissionen Platz machen, die die ländlichen Verhältnisse und Steuerkniffe kennen? Wäre es unverständlich, wenn die dem Grundbesitz durch Druschprämien, billige Arbeitskräfte und sonstigen Zuwendungen zugeschanzten Millionen durch eine besondere einmalige Kriegsabgabe von 100 Mk. pro Morgen Land, Wald und Wiese zu Gunsten der Allgemeinheit wieder verkleinert würden? So läßt sich durch eine Gegenrechnung, für die die große Mehrheit im Lande sicher Verständnis hat, das Gebahren solcher Kreise erst recht beleuchten, die ihren hetzerischen Protest dem Bestreben entgegenzusetzen, in der Not des Volkes ihm die erschließbaren Nahrungsmittel nach der vorhandenen Möglichkeit zuzuführen. Wenn es dem neuen Unterstaatssekretär im Reichsernährungsamt, dem Gen. Rob. Schmidt, gelänge, dem Herrn Waldow eine viel passendere Brille aufzumögen und zu veranlassen, daß viel schärfer zugegriffen würde, wäre das eine Tat, die in den allerweitesten Kreisen Anerkennung fände. S. A. K.

Der Arbeitszwang.

Heute noch erscheint trotz aller Papierknappheit, dreimal wöchentlich eine Korrespondenz: »Deutsche Kriegsnachrichten«, die kostenlos an sämtliche Redaktionen in Deutschland und vielleicht noch an manche anderen Stellen gesandt wird. Der Inhalt ist im allgemeinen für anspruchsvollere Blätter unverwendbar, ist auch hier und da auf einen Ton gestimmt, der dem der Alldedanten bedenklich nahe kommt.

In der Nr. vom 4. November d. J. finden wir einen Artikel, »Bolschewistischer Arbeitszwang«, der sich heute für Arbeiter besonders interessant liest. Der Aufsatz wendet sich entrüstet gegen den Zwang, der zur Zeit von der russischen Regierung auf kapitalistische, bürgerliche Kreise in

Rußland angewandt wird. Wir haben nicht nötig, uns sonderlich gegen den Vorwurf zu verwehren ein Verteidiger dieser bolschewistischen Zwangsmethoden zu sein. Jahrzehntlang sind in den sozialistischen Partei- und Gewerkschafts-Organisationen die Arbeiter Deutschlands zur Disziplin zur Unterordnung des einzelnen unter die Willensrichtung der Gesamtheit, zur sozialen Mitarbeit an dem Wohl der Allgemeinheit erzogen worden. Wir bekämpften wahrhaftig nicht die Bevorzugung anderer Klassen und Personen in der Gesellschaft um an deren Stelle die Bevorzugung der Arbeiter zu setzen; nur die Gleichberechtigung aller war unser Ziel.

Ob aber diejenigen, die die schreiendsten Ungerechtigkeiten gegen die Arbeiterklasse bisher mit Zähnen und Nägeln verteidigten, besonders Anlaß haben, sich über die Ungerechtigkeiten bolschewistischer Methoden zu beklagen, das möchten wir doch noch sehr bezweifeln. Sehen wir uns daraufhin den erwähnten Artikel etwas näher an; er beginnt: »In einem geordneten Staatswesen wird allgemein ein Nichtarbeitenkönnen als Unglück aufgefaßt, und wenn der eine oder der andere Arbeitslosigkeit als persönlichen Vorteil ansieht, so sind das stets verschwindende Ausnahmen. Das jemand staatlicherseits zur Arbeit gezwungen werden mußte und würde, das ist fast ein Übel.«

Oh! Das Hilfsdienstgesetz z. B. ist der Arbeiterschaft gerade damit schmachtend zu machen versucht worden, daß auf zahlreiche arbeitsfähige aber arbeitsscheue Elemente im Bürgertum hingewiesen wurde, die man durch diese gesetzliche Maßnahme zur gesellschaftlichen Arbeit zwingen müsse.

Und das traf tatsächlich zu! Wußten wir doch, daß vor dem Kriege, in der Reichsgewerbe-Statistik nicht weniger als 2 1/2 Millionen arbeitsfähiger männlicher Personen im Alter von 14 bis 60 Jahren ohne Beruf waren und nicht zu arbeiten nötig hatten. Die Frauen und Witwen ohne Erwerb sind dabei nicht mitgezählt. Daneben aber wurden Greise über 70 Jahre noch 400 000 beschäftigt und Kinder unter 14 Jahren waren 325 000 erwerbstätig. Aber das waren Zustände, die nach Jahrhunderte langer kapitalistischer Kulturarbeit bestanden. Das muß man sich recht vor Augen halten, um den Schmerz der Leute zu ermessen, die jetzt einmal zu ihrem Schrecken das umgekehrte Bild verwirklicht sehen:

»In erster Linie ist es naturgemäß die Bourgeoisie, die zur Zwangsarbeit herangezogen wird. Nicht aber wird ordnungsgemäß jeder an dem Platze verwandt, den er vermöge seiner Vorbildung, seines Alters und seiner körperlichen Leistungsfähigkeit auszufüllen imstande ist; sondern wahllos, möglichst gerade in einem entgegengesetzten Sinne verfahren, werden die einzelnen zur Arbeit herangezogen.«

Hm; man möchte meinen, dieser Text wäre bis auf einige Worte einfach aus einer sozialistischen Abhandlung gegen die kapitalistische Ausbeutung abgeschrieben. Doch weiter:

»— Nachdem allen Bauern, auch den kleineren und mittleren, ihr Hab und Gut gestohlen worden ist, werden diejenigen, die nicht freiwillig in die rote Armeen eintreten, mit den übrigen Bewohnern des Gouvernements zusammen zur Zwangsarbeit benutzt.«

Sollten sie das nicht von den adligen Grundherrschaften früherer Jahrhunderte gelernt haben können? Ist nicht ähnliches auch noch bis in die neueste Zeit von unseren Junkern hier und da ausgeführt worden? Vielleicht sogar auch in Deutschland!

»Dahin gehört z. B. das Ausladen der für die Rotgardisten mit der Bahn eintreffenden Verpflegung, während die Arbeitenden selbst nicht satt zu essen bekommen, und andere Verrichtungen.«

Nun wir meinen, das für andere arbeiten und selbst nicht satt zu essen haben ist eigentlich noch der Normalzustand bei uns? Ja vielleicht unter der Herrschaft der modernen Schleichtändler und Kriegsgewinnler heute schärfer ausgeprägt als je. Nur sprechen jetzt die, die in Riesenreichtümern und Fett und anderen schönen Sachen schwelgen können, heuchlerischerweise von den hohen Löhnen der Arbeiter, die sobald als möglich abgebaut werden müßten.

»Bricht aber einmal irgendwo die Unzufriedenheit mit solch anarchoide Regierungsförm durch, dann wird sie durch zahllose Erschießungen unterdrückt.«

Nun, allzu milde verfuhr doch das System der kapitalistischen Freiheit der Persönlichkeit mit dem Unzufriedenen gewiß nicht. Maschinengewehre gegen hungrierende Textilarbeiter, gegen streikende Bergarbeiter, Revolver und Polizeisäbel gegen Streikende in Berlin-Moabit usw. alles Dinge, die der deutschen Arbeiterschaft mindestens so sehr zur Empörung Ursache gaben, als die Taten der russischen Bolschewiki unserm Bürgertum entsetzlich erscheinen. Der Unterschied liegt doch nur daran, daß diese Praktiken jetzt einmal gegen die Klasse zur Anwendung kommt, die sie selbst anzuwenden pflegte. So sehr wir die Methoden der bolschewistischen Volksbeglückung für unsozialistisch, für undemokratisch und deshalb für durchaus verkehrt halten, die herrschenden Klassen Rußlands ernten doch schließlich nur, was sie einst überreichlich gesät haben.

Bei dem großen Einfluß der deutschen Arbeiterorganisationen, bei der hohen Intelligenz der deutschen Arbeiter, die sie wiederum zum Teil gegen den heftigsten Widerwillen der deutschen herrschenden Klassen sich angeeignet haben, dürften solche anarchischen Zustände für Deutschland unmöglich sein. Es sei denn, daß die alte gestürzte Reaktion in tollhässlicher Verblendung die Massen zur Verzweiflung treibt.

Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Eine Eingabe an den Reichskanzler.

Die vier gewerkschaftlichen Verbände des graphischen Gewerbes, der Buchdrucker-, Buchbinder-, Lithographen und Steindruck- und Hilfsarbeiter-Verband, haben eine gemeinsame Eingabe an den Reichskanzler gerichtet, worin sie um Berufung von Arbeitervertretern der graphischen Gewerbe in die wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Ausschüsse der Kriegs- und Übergangswirtschaft ersuchen. Es wird darin auseinandergesetzt, wie auch die Arbeiterschaft lebendiges Interesse an alle das Gewerbe berührende wichtigen Fragen habe. Schon die große Zahl der in den graphischen Gewerbe und in der Papierindustrie beschäftigten Arbeiter berechtige zu dieser Eingabe. Waren doch im Jahre 1907 insgesamt 253 162 Personen ohne die Angestellten darin beschäftigt, welche Zahl bis 1914 zweifelloser erheblich gewachsen war.

Auch die Ausfuhr der graphischen Industrie war recht beträchtlich. In den letzten fünf Jahren vor Kriegsausbruch stieg der Wert der Ausfuhr von rund 188 auf 227 Millionen Mark. Im Steindruckgewerbe gingen zwei Drittel der gesamten Produktion in das Ausland. Erst als die deutsche Reichsregierung die Erzeugnisse des graphischen Gewerbes bei den letzten Zolltarifverhandlungen als Kompensationsobjekt benutzte, erhielt dies einst blühende Kunstgewerbe einen starken Rückschlag. Eine Zuziehung von Arbeitervertretern in diejenigen Reichtsausschüsse, welche schon seit längerer Zeit in Tätigkeit sind und worin seit Anbeginn Arbeitgebervertreter berufen wurden, könnte und müßte unseres Erachtens umgehend geschehen. Es sind dies folgende Ausschüsse:

1. Reichtsausschuß für das Druckgewerbe, Verlag und Papierverarbeitung; 2. Reichtskommission für die Sicherstellung des Papierbedarfs; 3. Reichsprüfungsstelle für Papier, Pappe und deren Erzeugnisse; 4. Kriegswirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungsgewerbe; 5. Reichtsstelle für Druckpapier; 6. Leimverteilungsstelle für die Papierverarbeitung; 7. Kartoffelmehl- und Dextrinverteilungsstelle; 8. Verteilungsstelle für Kalleim und Kleister; 9. Verteilungsstelle für Heftdraht; 10. Kommission für die Leimungsfrage im Papiermachereikreistauschuß; 11. Kriegsverwertungsstelle für das Papierfach.

Ob daneben noch andere Ausschüsse bestehen, in denen Arbeitgebervertreter unserer Berufe vorhanden sind, entzieht sich unserer Kenntnis. Für die Übergangswirtschaft kommt ja für unsere wie für die meisten Gewerbe vor allen Dingen die Beschaffung von Rohstoffen und die Wiedereröffnung von Absatzmärkten in Frage.

Als Rohstoffe, die für die graphischen Gewerbe besonders ins Gewicht fallen, nennen wir: Fette und Öle zur Farbenbereitung, Blei, Zink und Kupfer für Schriften und die photomechanischen Berufe, Terpentin, Petroleum und Gummiarabikum, Faserstoffe für den Bücherüberzug, Leder, Leim, Pappe und nicht zuletzt Papier. Die Papierbeschaffung wird insofern weit schwieriger als vor dem Kriege sein, als während der Kriegszeit die Textilindustrie sich zum erheblichen Teil auf Papiergarnverarbeitung umschalten mußte. Ein Textilfabrikant des sächsischen Vogtlandes hat festgestellt bzw. berechnet, daß am 1. Januar 1917 nur erst 380 000 Spindeln auf Papiergarn liefen, dagegen im Januar 1918 weit mehr als 1 Million Spindeln, die in einem Jahre mindestens 300 Millionen Kilo Papier verbrauchen. Da Deutschland seit vielen Jahren auf die Einfuhr von Holz und Lumpen zur Deckung seines Papierbedarfs angewiesen war, so spielt hierbei also der Abschluß bezüglicher günstiger Handelsverträge eine große Rolle.

Es bedarf nach solchen Zahlen keiner besonderen Beweisführung mehr, wie sehr die graphische Arbeiterschaft an den wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Fragen interessiert ist und daher auch wünschen muß, an der Gestaltung der einschlägigen Verhältnisse mitzuwirken. Letzteres ist aber auch schon um deswillen nötig, um unnötigen Reibungen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgeber vorzubeugen. Schon in früheren Zeiten ist oftmals bei gewerblichen Streitigkeiten von den Unternehmern auf die ungünstige Lage des Auslandsmarktes hingewiesen und von den Arbeitern verlangt worden, bei ihren Lohnforderungen Rücksicht auf solche Verhältnisse zu nehmen. Keine Partei kann aber von der anderen ohne weiteres die Anerkennung ihrer Behauptungen verlangen, wenn der Gegenpartei keine Möglich-

keit geboten wird, sich von der Richtigkeit der Behauptungen zu überzeugen und durch gleichberechtigte Mitwirkung auf die Gestaltung des Auslandsmarktes ihren Einfluß auszuüben.

Da die Möglichkeit des Friedens in die Nähe gerückt ist und wir Wert darauf legen, daß bei den Friedensverhandlungen auch die Wünsche der Arbeiter zur Geltung kommen, so ersuchen wir dringend um baldige Berufung unserer Vertreter in die wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Ausschüsse.

Zur Neuorientierung unseres Verbandes.

Wir leben in der sehnlichsten Hoffnung, daß sich die Anzeichen von der Ermattung des menschlichen Kriegs-Wahnsinn nicht mehr als trügerisch erweisen möchten. Da dürfte es doch, trotz der Ungewißheit, wohin die Wage nunmehr ausschlagen wird, am Platze sein, den in der Überschrift genannten Thema unsere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Die Kraftprobe, welche die Wirkungen des Krieges unserem Verbands aufgelegt hatten, scheint dem Ende nahe zu sein. Die Nachwirkungen indes könnten die zweite Kraftprobe einleiten.

Und hier stehen wir, die Wahrscheinlichkeit spricht dafür, am Vorabend unseres künftigen Schicksals. Diesem jetzt schon Formen zu geben bevor die rauhe Wirklichkeit es gebieterisch verlangt, dürfte kaum als Überlegung angesehen werden. Ich gestatte mir daher mit der vorliegenden theoretischen Arbeit die Besprechung einzuleiten.

Als das so lange schon am politischen Horizont drohende Weltengewitter sich entlud, da traf es unseren Verband in Bezug auf die finanziellen Verhältnisse in einem peinlich trüben Zustande der durch die vom Krieg im Erwerbsleben geschaffenen Zustände auf einen nicht mehr zu überbietenden Tiefstand herabgedrückt wurde. Die Maßnahmen, die unsere Verbandsleitung treffen mußte, waren für die Mitglieder gerade nicht erfreulich und stellte die Überzeugung und Verbands-treue derselben auf eine ungeheure Belastungsprobe. Und rückschauend auf die damaligen Verwirrungen im Gesamtverband, ohne Ausnahme, von der höchsten Stelle bis zur geringsten Mitgliedschaft, muß man jenen Kollegen dank zollen, die trotz jeder geschwundenen Hoffnung den Standpunkt vertraten, an dem üblichen Verbandsbeitrag ist festzuhalten.

Diese Ansicht nicht nur zu vertreten, sondern auch durchzuführen, war eine Tat, die den Verband gerettet hat. Mit Annahme des anderen Vorschlags, wöchentlich 20 Pf. zur Deckung der Verwaltungskosten zu leisten, wäre das durcheinander nur noch größer, und vielleicht die Wiederaufrichtung des Verbandes unmöglich geworden. Fragt jene Kollegen, welche auf der Galeerikonferenz im April 1915 die Wiedereinführung der Unterstützungen beraten mußten. Diese Unterstützungen wenn auch nur im bescheidenen Umfange, wieder aufleben zu lassen, war nur möglich, weil ein Einziger den Standpunkt energisch vertrat, fast Unmögliches zu verlangen, um Mögliches wieder zu erreichen.

Und auf dieser Grundlage haben wir die schwere Zeit der 51 Monate Kriegsnot durchlebt, sind wir gewachsen. Sein Stamm ist wieder so fest gewurzelt, daß er dem Ansturm der Demobilisierung gewachsen ist. Für das haben wir, die Zuhausegebliebenen gerüstet um im Verein mit den Heimkommenden wieder aufzubauen und auszubauen, damit alles das, was uns den Verband einst so wertvoll gemacht hat, wieder hergestellt wird.

Was ist nun reif zur Umgruppierung?

In erster Linie die *Invaliden- und Witwenunterstützung*. Diese beiden Unterstützungsweige sind geboren in einer Zeit, wo weder Staat noch Gemeinde sich um das Schicksal eines gealterten Arbeiter kümmerten. Daß man aber bei diesem Akt der Selbsthilfe die unzulänglichsten Mittel zur Grundlage nahm, kann den Schaffern dieses hochherzigen Gedankens nicht zum Vorwurf gemacht werden. Sie konnten von ihren Zeitgenossen nur die Mittel verlangen, die jenen selbst zur Verfügung standen. Der Kardinalfehler wurde gemacht im Verlauf der Zeiten, weil man die Grundlagen nicht den Veränderungen anpaßte, sondern nur laborierte. Und so übernahmen wir 1905 das Erbe einer Konkursmasse. Es hat sich aber gezeigt, daß das Einflößen von neuem Blut, nicht immer zu einer Gesundung eines degenerierten Körpers führt und diese Erkenntnis zwang uns als Generalarben zu weiteren Kurpfuschereien, weil — wir erwarteten einer gründlichen Regenerationskur fürchteten.

Und als dieser Krieg ausbrach, da wirkte er wie eine verheerende Epidemie auf einen durch Unterernährung geschwächten Körper. Er versagte den Dienst. Nur in Form einer Notstandsunterstützung konnte man ihn aufrechterhalten.

Es dürfte aber kaum hingehen, eine durch Generationen hindurch gewohnte Einrichtung, für die so viele schon beigeuert haben, ganz aufzuheben, oder einen Teil davon zu streichen, denn beide Unterstützungsarten waren der beste Kitt für unseren Verband. Beide müssen nur dem Charakter, das Bleigewicht in unseren Verbandsfinanzen zu sein, entkleidet werden, damit

unsere oberste Verbandsverwaltung sich sicherer weiß, vor finanzpolitischen Hemmungen. Dies kann meines Erachtens nur erreicht werden, durch eine gründliche Änderung der Karrenzeiten, ohne Abstufungen, die bisher den Mitgliedschaften, welche ehrenamtlich verwaltet werden mußten, die Kassiererarbeit obendrein sehr erschwerte.

Beide Unterstützungsarten sind, mit den bisherigen Karrenzeiten betrachtet, eine finanztechnische Unmöglichkeit.

Eine derartige Verzinsung von eingelegten Geldern könnte nicht einmal ein Gemeinwesen wie das deutsche Reich garantieren.

Das Risiko für den Einzelnen war bisher zu klein, für die Allgemeinheit zu groß, die Spannungen zwischen Debitor und Kreditor zu kurzfristig. Nach aller Überlegung meinerseits gibt es kaum einen anderen Weg, um uns von den finanzverfüllenden Vielfraß zu befreien, als nach der von mir angedeuteten Weise zu verfahren. Denkt einmal an die Nachwirkungen des Krieges, und versucht zu berechnen, welcher Beitrag nötig wäre, um unsere Verpflichtungen nach dem jetzigen System mit den kommenden Anforderungen ins Gleichgewicht zu bringen? Es käme eine steuerliche Belastung für die Kollegenschaft heraus, die selbst dem opferfreudigsten Idealisten zu groß erscheinen würde.

Der Begriff »Invalidität« selbst müßte im Statut klarer hervorgehoben sein. Als Maßstab käme der § 1255 R.-V.-O. in Frage, der unter ganz geringfügiger redaktioneller Änderung in Bezug auf unsere Selbstgesetzgebung, in unsere Satzungen übernommen werden könnte.

Genau so verhält es sich mit unserer Krankenunterstützung. Auch diese Unterstützung ist in ihrer jetzigen Handhabung eine drohende Gefahr für ein gesundes Finanzgebahren und man fragt unwillkürlich nach dem zwingenden Grunde, was uns bis jetzt veranlaßt hat, die zum Bankrott treibenden Elemente im alten Senefelderbund, nicht nur zu übernehmen, sondern sie auf die Dauer noch weiter beizubehalten. Man braucht kein Redekünstler zu sein, um zu verstehen, daß auch in dieser Frage, der Beitragsmöglichkeit der Gesamtheit eine große Belastung zugemutet wurde.

Es könnte eingeworfen werden, daß es bisher ja gegangen ist. Jawohl, das trifft zu. Aber fragt mich nur nicht: Wie? Denn diese Frage beantwortet sich für jeden selber, wenn er die Summen vergleicht die klar in den §§ 17 und 20 unserer Satzung stehen.

Hier in diesen beiden Paragraphen kommt es so recht zum Ausdruck, daß wir noch zu sehr im alten Senefelderbund stecken. Und wollen doch eine freie Gewerkschaft sein, der die Arbeitslosenunterstützung die Hauptsache und die Krankenunterstützung nur Mittel zum Zweck sein will. Gibt es unvereinbare Gegensätze zwischen den Aufgaben einer modernen Gewerkschaft und ihrem neben-sächlichen, in der heutigen Zeit leider nicht zu umgehenden Beiwerk?

In der Hauptaufgabe: eine zehnjährige Steuerperiode um 180 Mk. Zinsen zu erhalten, in der Nebenaufgabe eine dreijährige um 561,80 Mk. an Zinsen erhalten zu können. Hätten wir nicht die Einheitskasse, so wäre dieser finanztechnische Blödsinn schon längst jedem Mitgliede zum Bewußtsein gekommen, und mit dieser, einer freien Gewerkschaft nicht würdigen Verwendung ihrer Finanzen wäre schon längst aufgeräumt.

Erkannt ist diese Unwürdigkeit schon lange, denn einzelne Gaue haben auf ihren Tagungen sich schon damit beschäftigt. Sie ist nur noch nicht Gemeingut aller geworden; was in der Hauptsache daran liegt, weil die Statistik noch nicht hinein-gedeutet hat.

Da nun für das Gebiet »Statistik«, well es bis jetzt in unserem Verband nicht genügend bearbeitet wurde, auf der Generalversammlung in Stuttgart ein besonderer Bearbeiter gewählt wurde, der in seinen bisherigen Leistungen das Reifezeugnis erbrachte. Dieser wird sicher nicht verfehlen, schon um mich entweder zu widerlegen, oder meine

Ansichten zu unterstützen, eine zahlenmäßige Auf-machung dieser Ungleichheiten in bezug auf Leistung und Gegenleistung zu erbringen. Ich bin mir jetzt schon sicher, daß durch dies statistische Ergebnis, die Gesamtheit der Kollegenschaft die Liquidation eines uns bisher hinderlichen Erbes des Senefelderbundes verlangen wird.

Wir beseitigen damit aber auch noch eine In-konsequenz, die wir seit der Hamburger Tagung bis auf den heutigen Tag begangen haben. Wir haben damals prinzipiell die gewerkschaftlichen Angelegenheiten unseres Verbandes an die Spitze der Satzungen gestellt.

In bezug auf die Finanzen vergaßen wir die Anpassung. Der Zeitraum nach dem Kriege, in dem große Anforderungen an uns herantraten werden, wird mit kurz sein. Und da heißt es jetzt schon darüber nachzudenken, in welcher Hin-sicht unsere Unterstützungseinrichtungen am meisten in Anspruch genommen und in Mitleidenschaft gezogen werden können. Und das dürfte kaum unschwer zu erraten sein, wenn man zur Berechnung heranzieht, daß unser Gewerbe eines derjenigen war, die durch den Krieg am meisten bluten mußten, daß in unserem Gewerbe keine Kriegsgewinne zu verzeichnen sind und nicht zu vergessen, die sozial rückständigsten Allüren des Schutzverbandes deut-scher Steindruckereibesitzer. Diese Tatsachen zeigen uns den einzuschlagenden Weg. Eine fortschreitende Krankheit unserer Finanzen durch das Heilmittel »Beiträgerhöhung« kurieren zu wollen, hieße gleichsam eine Doktor Eisenbarikur nach dem Motto: Hält er's aus, ist er gesund, hält er's nicht aus, geht er zu Grund. Dieser Grundsatz wäre das-selbe Kunststück als »wie unter dem Ausnahme-gesetz regieren zu können«. Hier in dieser Frage müssen wir die kommenden Zeiten, mit ihren Überbleibseln aus der Kriegszeit in Betracht ziehen, und es darf nicht übersehen werden, was Staat und Gemeinde in der Zukunft an unsere Geldbeutel für Anforderungen stellen müssen; wobei nicht unerwähnt bleiben darf, daß Zweidrittel unserer Kollegenschaft, welche so lange im Schützengraben gelegen, ihre häuslichen Verhältnisse erst wieder ranzieren müssen. Hier ist eine wohl erwogene Politik in bezug auf die »Beitragsmöglichkeit« nicht zu umgehen, wollen wir ihnen nicht die Möglichkeit selbst nehmen, bei der Gesamtheit bleiben zu können.

Darum ein Zurückschrauben dort, wo wir zu hoch hinaus, und ein Zugucken dort, wo es die Zeit gebieterisch verlangt.

Und das ist: Eine Sicherstellung der uns zur wirtschaftlichen Widerstandskraft nötigen Mittel, der Ausbau unserer Arbeitslosen- und Umzugs-unterstützung unter weiser Berücksichtigung der Steuerkraft unserer Berufsangehörigen.

Kommen wir dem nicht nach, so dürfte uns die zweite Kraftprobe, wenn auch nicht in der kata-strophalen Art wie bei Kriegsbeginn, sondern lang-samer, dafür aber desto sicherer zermürben.

fb. Nbg.

Zur sofortigen Beseitigung und Sülchtigung et-waiger Unstimmigkeiten beabsichtigt das Tarifamt, an allen größeren Orten, in denen wohl Mit-glieder der Tarifgemeinschaft arbeiten, aber keine Tarifvertretungen der Parteien bestehen, Orts-Tarifvertretungen zu schaffen.

Die Namen dieser Vertreter, die den einzelnen Kreisvertretungen unterstehen, werden noch be-kannt gegeben.

Unter Beachtung dieser Gründe, und um die kommende Demobilisation in geordnete Bahnen zu lenken, haben

alle vom Militär zur Entlassung kommenden Helfen sich sofort bei ihrem diesbezüglichen Arbeitsnachweis, oder wo kein Arbeitsnachweis besteht, bei dem Helfen-Ortsarbitrvertreter unter Angabe

a) der letzten Stellung vor der Einberufung, b) ob Stellung am Ort oder auch außerhalb ange-nommen wird, zu melden.

Die Verwalter der Arbeitsnachweise oder Ge-hilfen-Ortsarbitrvertreter haben umgehend die Namen der abgelehnten Helfen und Grund der Nichtein-stellung, den betreffenden Prinzipals-Kreis- oder Prinzipals-Ortsarbitrvertreter zu melden.

Die Prinzipals-Kreis- oder Prinzipals-Ortsarbitr-vertreter haben in solchen Fällen die Pflicht, ver-mitteln einzugreifen.

In Fällen, in welchen den einzelnen Tarifver-tretern ein vermittelndes Eingreifen nicht gelingt, ist umgehend unter Darlegung des Sachverhalts dem Tarifamt Mitteilung zu machen.

Das Tarifamt entscheidet nach Anhören beider Parteien endgiltig.

Berlin, den 7. November 1918.

Tarifamt für Deutschlands Chemigraphen und Kupferdrucker.

Albert Frisch, Prinzipalsvorsitzender.

Albert Hehr, Helfenvorsitzender.

Richard Köhler, Geschäftsführer.

Feuilleton.

Die Beratungsstellen für Ge-schlechtskranke.

Die Beratungsstellen für Geschlechtskranke wurden im Vorjahre um 11 vermehrt. Ihre Zahl beträgt gegenwärtig 104, fast jede größere Stadt hat eine. Gemeldet wurden im Jahre 1917 bei den Beratungsstellen 19 140 Kranke. Davon litten 11 473 an Syphilis, 5250 an Tripper und der Rest an sonstigen Geschlechtskrankheiten. 6388 Kranke hatten sich selbst gemeldet, die anderen waren von Krankenkassen, Krankenhäusern, Ärzten, Mili-tärbehörden usw. gemeldet worden. In Fürsorge genommen wurden 7810 Männer und 6724 Frauen; eine eigentliche Heilbehandlung übten die Ber-atungsstellen nicht aus. Von den gemeldeten Per-sonen leisteten 4310 der Aufforderung zum Er-scheinen keine Folge. Die Zahl der Beratungen betrug 17 074. In der Mehrzahl der Fälle führte die Beratung zur Einleitung einer Kur. Für die Kranken selbst sind die Beratungsstellen völlig unentgeltlich. Die Ausgaben werden von den In-validenversicherungsanstalten und den Kranken-kassen gedeckt. Die empfohlene Heilbehandlung übernehmen meist die Krankenkassen. Die lau-fenden Posten betragen rund 208 000 Mark; die Kosten der Neueinrichtungen rund 70 000 Mark. Einige der Beratungsstellen, z. B. die in München, haben einen Beirat, an dem auch die Gewerk-schaften beteiligt sind. Diese Einrichtung hat sich bewährt und die Zahl der Selbstanmeldungen er-höhrt, durch die das den Beratungsstellen ent-gengebrachte Vertrauen zum Ausdruck kommt. Im allgemeinen findet das Reichsversicherungsamt die bisherige Entwicklung der Beratungsstellen befriedigend. Bei der großen Gefahr der Aus-breitung der Geschlechtskrankheiten, die der Krieg mit sich bringt, verdienen sie weitere Förderung.

Die photomech. Fächer.

An die Mitglieder der Tarifge-meinschaft!

In den Verhandlungen des Tarifamtes haben die Prinzipalsvertreter bei Kriegsausbruch und auch in der letzten Zeit erneut erklärt, daß sie, sowie alle tariffreien Anstalten es als ihre Ehren-pflicht betrachten, nach besten Kräften ihre früher beschäftigten Helfen nach der Entlassung aus dem Heere wieder an ihre alten Arbeitsplätze zu stellen.

In der Durchführung dieses Vorhabens erblickt das Tarifamt wohl die beste Maßnahme, um un-serem durch den Krieg schwer geschädigten Ge-werbe den Übergang in die Friedenswirtschaft zu ermöglichen, verkennt aber nicht, daß sich dabei Schwierigkeiten ergeben können, die der sorg-fältigsten und vorsichtigsten Behandlung bedürfen, wenn sie nicht verbitternd und störend wirken sollen.

FARBATZER

sofort in dauernde Stellung gesucht.

F. A. Brockhaus, Leipzig.

Für unsere Zweigfabrik in Zeitz suchen wir
**2 Offset-Maschinenmeister,
2 Flachdruck-Maschinenmeister,**

welche bereits im Falt-schneid-druck erfahren sind.

Bewerbungen erbitten mit lückenlosen Zeugnisabschriften, Angabe des Gehalts-an-spruchs und der Militärverhältnisse

Kunstdruck- und Verlagsanstalt
**Wezel & Naumann A.-G.,
Leipzig-R.**

Schnuhr's flüssiges Steingummi

bietet vollen Ersatz für echtes Gummi arabicum, zum Präparieren von Litho-graphie-Steinen, Zink- und Aluminium-Platten Anwendung und Wirkung ohne Unter-schied gegenüber Naturgummi. Die Ware ist ausprobiert, gut, wofür Zeugnisse zu Diensten stehen. Per Kilo Mark 7,50.

H. Schnuhr, Hamburg 22, Richardstraße 49.
Chemisch-technische Druckpräparate.

Schnell-Trockenmittel „Extrakt“

patentamtlich geschützt. „Betromit“ patentamtlich geschützt.

ein kleiner Zusatz von 1-4 Prozent genügt, um Druckfarben in etwa 2 Stunden zum Trocken zu bringen. »Betromit« bildet selbst bei langsamstem Verbrauch keine Haut, trocknet nicht ein, daher kein Verlust, ist sehr sparsam im Gebrauch. Von ersten Firmen glänzend beurteilt und regelmäßig nachbestellt. Großer Versand nach In- und Aus-land. Viele Anerkennungsschreiben liegen vor. Per Kilo Mark 12,50.

H. Schnuhr, Hamburg 22, Richardstr. 49, Fabrik chem.-techn. Druckpräparate.